

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Detlef Kleinert (Hannover), Walter Hirche, Günther Bredehorn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/4367 –
- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Edelgard Bulmahn, Gerd Andres, Arne Börnsen (Ritterhude), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/4887 –
- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Dr. Helmut Lippelt, Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/5058 –

EXPO 2000

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Köhne, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/4668 –

Auflösung der Verträge zur Weltausstellung EXPO 2000

A. Problem

Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der SPD unterstreichen in ihren Anträgen und in ihrem gemeinsamen Antrag die Bedeutung der EXPO 2000 als internationale Zukunftswerkstatt für die sozialen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen der Menschheit an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Die EXPO 2000 soll als Chance genutzt werden, Deutschland der Welt als demokratisches, weltoffenes und gastfreundliches Land zu präsentieren, das eigene Beiträge zur sozialen und umweltverträglichen Entwicklung leisten kann und bereit ist, globale ökologische Verantwortung zu übernehmen.

Die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS zielen darauf ab, die EXPO 2000 aus ökologischen Gründen und wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland nicht durchzuführen.

B. Lösung

- a) Annahme des interfraktionellen Antrages der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.;
- b) Erledigterklärung des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und des Antrages der Fraktion der SPD – Drucksachen 13/4367 und 13/4887–;
- c) Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Antrages der Gruppe der PDS – Drucksachen 13/5058 und 13/4668–.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

E. Kosten für die Wirtschaft

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. den nachstehenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. anzunehmen:

„Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Vom 1. Juni bis 21. Oktober 2000 findet in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 statt. Sie ist keine lokale oder regionale Veranstaltung. Gastgeber ist vielmehr die Bundesrepublik Deutschland, die sich 1988 um die Ausrichtung der Weltausstellung beworben hatte und 1990 den Zuschlag erhielt. Die EXPO ist ein Weltereignis. 40 Millionen Tagesbesucher aus allen Teilen der Erde werden erwartet. Die weltweite Berichterstattung in den Medien und der unmittelbare Zugang über die globalen, elektronischen Informationsnetze werden darüber hinaus dazu beitragen, daß die Bundesrepublik Deutschland während der fünfmonatigen Dauer der EXPO 2000 im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit steht.
2. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit der EXPO 2000 zum ersten Mal in der 150jährigen Geschichte der Weltausstellung selbst Gastgeber. Der Grundgedanke der Bewerbung bestand in dem Vorschlag, die Idee von Weltausstellungen weiterzuentwickeln. Die EXPO 2000 steht unter dem Leitthema „Mensch-Natur-Technik“. Statt einer klassischen Leistungsschau mit Selbstdarstellung soll in Hannover an der Schwelle zum neuen Jahrtausend eine inhaltliche Aufgabe gestellt werden, die für die ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Herausforderungen der Menschheit von Bedeutung ist. Sie soll gemäß dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Niedersachsen, der Landeshauptstadt Hannover und dem Landkreis Hannover geschlossenen Generalvertrag „die zentralen Zukunftsfragen der Menschheit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert thematisieren“. Weit über 100 Staaten, aber auch Organisationen, Verbände, Religionsgemeinschaften, Firmen, Gewerkschaften usw. werden ihre Lösungsvorschläge für die Zukunftsfragen unterbreiten.
3. Die EXPO ist eine Chance für Deutschland, seine Vielfalt, Leistungsfähigkeit und Lösungskompetenz unter Beweis zu stellen. Entsprechend groß müssen unsere Anstrengungen sein. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung und ein gutes halbes Jahrhundert nach dem demokratischen Neuanfang kann Deutschland sich der Welt als gefestigtes demokratisches Gemeinwesen darstellen, das den Menschenrechten verpflichtet ist, weltoffen und tolerant, bereit und in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft anzunehmen.
4. An der Schwelle zum neuen Jahrtausend kann die EXPO auch wesentlich zur Stärkung des Standortes Deutschland und Europa im weltweiten Wettbewerb beitragen. Die welt-

weite Konkurrenz ist schärfer geworden. Dies gilt nicht nur ökonomisch, sondern auch hinsichtlich der Weltanschauungen, der kulturellen Identitäten und der gesellschaftlichen sowie politischen Konzeptionen. Im Zuge der Weltausstellung können Deutschland und Europa verdeutlichen, daß sie diese Herausforderung annehmen.

5. Um die komplexen Problemstellungen und die Suche nach ganzheitlichen Lösungen in Wissenschaft und Technik, Politik und Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft durch eine Ausstellung einem breiteren Publikum zugänglich zu machen, begrüßt und unterstützt der Deutsche Bundestag das Konzept, einen Themenpark zu den großen Fragen am Ausgang des 20. Jahrhunderts zu errichten. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern, Künstlern, Unternehmen und Ausstellungenbetreibern soll eine großzügig und attraktiv gestaltete Ausstellungslandschaft entstehen, welche die Herausforderungen der Zukunft aufzeigt. Dabei geht es insbesondere um:

- eine ausreichende und gesunde Ernährung für alle,
- weltweit angemessene Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen,
- eine ausreichende, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung,
- Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Erde,
- die Förderung der Mobilität und der Kommunikation der Menschen untereinander sowie
- die Förderung der Chancengleichheit aller Menschen.

Die Chance der Weltausstellung im Jahr 2000 liegt darin, auch die programmatischen Aussagen des Aktionsprogramms Agenda 21 der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro mit Leben zu erfüllen und konkret werden zu lassen. Der Themenpark soll dazu weltweit Impulse aufnehmen.

6. Neben den Pavillons der teilnehmenden Nationen und dem Themenpark sieht die EXPO auch dezentrale Projekte vor. In der ganzen Welt werden Projekte gesucht, die in beispielhafter Weise Lösungen zum Leitthema Mensch-Natur-Technik anbieten. So werden z. B. in Niedersachsen unter dem Motto „Stadt und Region als Exponat“ Projekte einbezogen, die mit den Themen auf dem Ausstellungsgelände korrespondieren. Ein dezentrales Projekt besonderer Art bildet die alte Industrieregion Wittenberg-Dessau-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt, die die offizielle Korrespondenzregion der EXPO 2000 sein wird. Die EXPO bietet insbesondere die Gelegenheit, anhand von konkreten Beispielen der Altlastensanierung, dem Aufbau einer modernen und innovativen Umweltschutzinfrastruktur, der Kultur und des Bauwesens zu demonstrieren, wie eine neue Perspektive für das Zusammenwirken von Menschen, Natur und industrieller Entwicklung eröffnet wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine erfolgreiche Durchführung der EXPO 2000 sicherzustellen, und dem Deutschen Bundestag über die eingeleiteten Maßnahmen und über den Stand der Vorbereitungen jährlich zu berichten;
2. von der Bundesregierung geförderte Projekte auf ihre Eignung als Ausstellungsbeiträge zu prüfen und entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit diese Projekte publikumswirksam auf der Weltausstellung präsentiert werden können. Soweit sich im Rahmen laufender Programme weitere aktuelle EXPO-Projekte abzeichnen, sollen Förderentscheidungen zügig getroffen werden. Der Deutsche Bundestag erkennt dabei die Bereitschaft der Bundesregierung an, für den von Bund und Ländern und der Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft gemeinsam gestalteten deutschen Pavillon auf dieser Weltausstellung aus Bundesmitteln einen Betrag von bis zu 200 Mio. DM vorzusehen. Ebenso begrüßt er die Bereitschaft der Länder, hierfür bis zu 100 Mio. DM vorzusehen sowie die Absicht der Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft, sich mit bis zu 50 Mio. DM zu beteiligen. Der Deutsche Bundestag begrüßt darüber hinaus die Zusage der Bundesregierung, als gastgebendes Land der Weltausstellung für die armen und ärmsten Länder der Welt Unterstützung bis zu 100 Mio. DM für deren Beteiligung an der Weltausstellung vorzusehen;
3. darauf hinzuwirken, daß die EXPO 2000 ein attraktives Kommunikationsforum darstellt, auf der die deutsche Wirtschaft die Rolle spielen kann, die ihrer besonderen Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung angemessen ist. Dabei sollen vor allem – ohne besondere Herausstellung kommerzieller Aspekte – technologische Leistungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz deutscher Unternehmen unter Beweis gestellt werden;
4. sich dafür einsetzen, daß sich die EXPO 2000 mit den zentralen Fragen des Übergangs zur Informations- und Kommunikationsgesellschaft auseinandersetzt;
5. sicherzustellen, daß die EXPO 2000 alle Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch die jüngere Generation mit den Nutzungs- und Anwendungsmöglichkeiten moderner Technologien vertraut macht und die Technologieakzeptanz in der Bevölkerung fördert;
6. zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten in Zusammenhang mit der EXPO 2000 zu prüfen;
7. gemeinsam mit dem Land Niedersachsen die notwendigen Mittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Bürger, Initiativen, Vereine und Organisationen, Kirchen, Verbände und Gewerkschaften, die EXPO 2000 als ihre Sache zu begrüßen und mitzuwirken, daß die Weltausstellung ein Erfolg wird“ ,

- II. den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/4367 – und den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/4887 – für erledigt zu erklären;
- III. den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5058 – und den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/4668 – abzulehnen.

Bonn, den 14. Mai 1997

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Ernst Schwanhold
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Ernst Schwanhold

I.

Die Anträge wurden in der 116. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Juni 1996 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Sportausschuß, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

- a) Zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Kurt-Dieter Grill, Gunnar Uldall und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Detlef Kleinert (Hannover), Walter Hirche, Günther Bredehorn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 13/4367 – sowie zu dem Antrag der Abgeordneten Edelgard Bulmahn, Gerd Andres, Arne Börnsen (Ritterhude), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/4887 – hat der Sportausschuß in seiner Sitzung am 16. Oktober 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS, bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme der Anträge mit der Maßgabe zu empfehlen, auf Seite 3, 2. Abschnitt, Zeile 15 des Antrages der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. hinter dem Wort „Entwicklung“ die Wörter „Sport und Freizeit“ einzufügen. Der Sportausschuß ging dabei davon aus, daß die Bemühungen des Ausschusses für Wirtschaft, die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/4367 – sowie der SPD – Drucksache 13/4887 – zu einem gemeinsamen Antrag zusammenzufassen, erfolgreich verlaufen.

Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme der Anträge in der Fassung des in der Beschlußempfehlung genannten gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS be-

schlossen, die Annahme der Anträge in der Fassung des in der Beschlußempfehlung genannten gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 23. April 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des in der Beschlußempfehlung genannten gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. vom 5. März 1997 zu empfehlen.

Er hat ferner empfohlen, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksachen 13/4367 und 13/4887 – für erledigt zu erklären.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat in seiner Sitzung am 6. November 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Zusammenfassung der Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und der Fraktion der SPD zu einem gemeinsamen Antrag zu empfehlen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 25. April 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme der Anträge in der Fassung des in der Beschlußempfehlung genannten gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 7. November 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Annahme des Antrages der Koalitionsfraktionen zu empfehlen.

Er hat ferner mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, die Ablehnung des Antrages der Fraktion der SPD zu empfehlen.

- b) Zum Antrag der Abgeordneten Steffi Lemke, Dr. Helmut Lippelt, Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5058 – hat der Sportausschuß in seiner Sitzung am 16. Oktober 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., bei Enthaltung der Mitglieder der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 23. April 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat in seiner Sitzung am 6. November 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 23. April 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abwesenheit der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 7. November 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, F.D.P. und der Gruppe der PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

- c) Zum Antrag der Abgeordneten Rolf Köhne, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/4668 – hat der Sportausschuß in seiner Sitzung am 16. Oktober 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS, bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Verkehr hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 19. März 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 23. April 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eines Mitglieds der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat in seiner Sitzung am 26. Juni 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat in seiner Sitzung am 23. April 1997 einstimmig bei Abwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 7. November 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

III.

Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und die Fraktion der SPD hatten ursprünglich eigene Anträge eingebracht (Drucksachen 13/4367 und 13/4887). In dem zwischenzeitlich vorgelegten, in der Beschlußempfehlung genannten gemeinsamen Änderungsantrag weisen die Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal in der 150-jährigen Geschichte der Weltausstellung selbst Gastgeber dieses Weltereignisses ist. Die weltweite Berichterstattung in den Medien und der unmittelbare Zugang über die globalen elektronischen Informationsnetze würden dazu beitragen, daß die Bundesrepublik Deutschland während der fünfmonatigen Dauer der EXPO 2000 im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit stehe. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die für eine erfolgreiche Durchführung der EXPO 2000 erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und den Deutschen Bundestag jährlich über den

Stand der Vorbereitungen zu unterrichten. Auch soll die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die EXPO 2000 ein attraktives Kommunikationsforum darstellt, auf der die deutsche Wirtschaft die Rolle spielt, die ihrer besonderen Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung angemessen ist.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Gruppe der PDS fordern in ihren Anträgen, die EXPO 2000 nicht stattfinden zu lassen und die in diesem Zusammenhang abgeschlossenen Verträge aufzulösen. In beiden Anträgen wird die Auffassung vertreten, daß die Durchführung einer Weltausstellung in Hannover in verkehrs- und umweltpolitischer Hinsicht eine unverantwortliche Großveranstaltung darstelle. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist in ihrem Antrag darüber hinaus darauf hin, daß die geplante EXPO 2000 kaum noch eine Chance habe, ihrem Anspruch einer Übersetzung der Agenda 21 der Konferenz von Rio gerecht zu werden. Der Antrag der Gruppe der PDS stellt ferner darauf ab, daß die Zahl der bisher vorliegenden Anmeldungen auf ein nur sehr geringes Interesse an der EXPO 2000 hindeute.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Anträge mehrfach, zuletzt am 14. Mai 1997, auf der Grundlage eines Berichts der Generalkommissarin der EXPO 2000, Birgit Breuel, über den aktuellen Sachstand der Vorbereitungen der EXPO 2000 beraten.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. unterstrichen nochmals, daß die EXPO 2000 eine Chance für Deutschland sei, seine Vielfalt, Leistungsfähigkeit und Lösungskompetenz unter Beweis zu stellen. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung könne sich Deutschland der Welt als demokratisches, weltoffenes und tolerantes Gemeinwesen präsentieren, das bereit und in der Lage sei, die Her-

ausforderungen der Zukunft anzunehmen. Besonders begrüßt wurde auch das Engagement der Kirchen, Gewerkschaften und anderer großer gesellschaftlicher Gruppen für eine erfolgreiche Durchführung der Weltausstellung.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Annahme des in der Beschlußempfehlung genannten gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. zu empfehlen.

Er beschloß ferner, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksachen 13/4367 und 13/4887 – für erledigt zu erklären.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/5058 – zu empfehlen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS gefaßt.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Gruppe der PDS – Drucksache 13/4668 – zu empfehlen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Bonn, den 14. Mai 1997

Ernst Schwanhold

Berichterstatter

